

D-14446 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 7037 N

1994-07-15

ANFRAGE

des Abgeordneten Renoldner, Freunde und Freundinnen

an den Bundeskanzler

betreffend die österreichische Sicherheitspolitik in der EU

Mit dem Beitrittsvertrag bekennt sich Österreich zu den Zielsetzungen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (GASP). In einer Entschließung des Europäischen Parlaments wird in bezug auf die Erweiterung der Europäischen Union davon ausgegangen, "daß (sich) alle Beitrittskandidaten sich uneingeschränkt an der etwaigen Gestaltung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik beteiligen werden, die mit der Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte". Darüberhinaus wird betont, "daß die Länder, die die Europa-Abkommen unterzeichnet haben, auch Mitglieder der WEU werden sollten, falls sie Vollmitglieder der Europäischen Union werden".

Trotz der auf Diplomatenebene geklärten Sachverhalte rückt damit die Frage der Einbindung der künftigen Unionsstaaten in die Westeuropäische Union (WEU) ins Zentrum des Interesses.

Die WEU ist nach Artikel J.4.2. des Maastrichter Vertrags bereits heute der Träger der Sicherheitsrolle der EG und ein Zwischenschritt zu einer gemeinsamen europäischen Armee, wie sie im Artikel J.4.1. des Maastrichter Vertrags in Aussicht gestellt wird.

Bis zur für 1996 anberaumten Regierungskonferenz zur Revision des Maastricht-Vertrages ist die Mitgliedschaft in der WEU nicht verpflichtend. Nach der Revisionskonferenz könnte sich das Problem EU- oder WEU-Mitgliedschaft nicht mehr stellen, da die Westeuropäische Union in die Europäische Union vollständig integriert werden könnte.

Auf dem NATO-Gipfel vom 10./11. Jänner wurde ein Schwerpunkt auf die enge und wachsende Zusammenarbeit zwischen der NATO und WEU als europäischer Pfeiler der NATO gelegt.

Im Rahmen der NATO-Initiative "Partnerschaft für den Frieden" werden neue Partner für die Zusammenarbeit bei politischen und militärischen Aktionen der Allianz gewonnen, die weder der NATO noch der WEU angehören.

Darüberhinaus wird der Aufbau des Eurokorps auf Basis der deutsch-französischen Brigade zügig vorangetrieben.

All diese Tendenzen zeigen mit großer Deutlichkeit, daß die vorherrschende Entwicklung der Sicherheitspolitik gegenwärtig nicht in Richtung eines gesamteuropäisch vernetzten Systems kooperativer Sicherheit verläuft, das sich als Regionalsystem der UNO organisieren und vorwiegend auf gesamteuropäische Kooperation, präventive und interaktive Konfliktlösung und nichtprovokative, nichtmilitärische und strukturell nichtangriffsfähige Sicherheitsdoktrinen konzentrieren müßte, sondern im Gegenteil auf veraltete, teilweise offensive Militärstrategien. Die positiven Erfahrungen einer österreichischen Vermittlungspolitik auf Basis aktiver Neutralität werden unter diesen Voraussetzungen nicht produktiv in den Rahmen der GASP eingebracht werden können.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE

1) Der Nationalrat hat eine Entschließung angenommen, in der die sterreichische Bundesregierung aufgefordert wird, "sicherzustellen, daß Österreich an der Entwicklung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa teilnehmen kann, wobei davon ausgegangen wird, daß die von der Europäischen Union gegebenenfalls mit anderen Institutionen entwickelte Europäische Friedens- und Sicherheitsorganisation eine regionale Abmachung im Sinne des Kapitels VIII der Satzung der Vereinten Nationen darstellen wird".

a. Mit welcher sicherheitspolitischen Strategie werden Sie im Europäischen Rat dafür eintreten, daß in der EU ein solches kollektives Sicherheitssystem entsprechend der UN-Charta errichtet wird?

b. Welche Haltung nehmen Sie gegenüber den russischen Vorstellungen ein, die den besten Weg zu europäischer und globaler Sicherheit in einer paneuropäischen Kooperationsgemeinschaft auf Basis der Prinzipien der KSZE sehen?

c. Welche Haltung nehmen Sie zu den deutsch-französischen Zielvorstellungen bezüglich der GASP ein, im besonderen zum La Rochelle Communique zwischen Mitterrand und Kohl vom Mai 1992, in dem von der Notwendigkeit von schnellen